

## **Antrag vom 24.03.2013, OF 174/11**

Betreff:

Ausreichender Schutz vor Lärm und Schadstoffen vom Portal des Riederwaldtunnels und des Dreiecks "Am Erlenbruch" der geplanten A 66/A 661

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, bei der Hessischen Landesregierung darauf zu dringen, dass

- die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung mit dem Prognosehintergrund „2025“ im Bereich der geplanten A66/Anschluss A661 sofort veröffentlicht werden.

- eine Messung der Schadstoffbelastung in dem o.a. Bereich sofort veranlasst und eine Berechnung der Schadstoffbelastung im Vergleich zu den Zahlen der im ersten Absatz erwähnten Studie in Auftrag gegeben wird. Dabei soll als Planungsbeispiel auch die komplette Einhausung (beginnend vom Riederwaldtunnelportal bis zur Seckbacher Landstraße) der Baumaßnahme mit einbezogen werden.

- ein ausreichendes Lärmschutzkonzept entwickelt wird. Auch hier soll als Planungsbeispiel die komplette Einhausung der Baumaßnahme mit einbezogen werden.

Begründung:

Da es bereits in der Vergangenheit Grenzwertüberschreitungen für Feinstaub und Stickstoffdioxid gab (Sportmessungen aus den Jahren 2009 und 2010 im Rahmen Planung des Riederwaldtunnels) ist eine sofortige Messung der Schadstoffe über einen längeren Zeitraum im Bereich der geplanten Baumaßnahmen in Auftrag zu geben.

Bei der Auswertung ist zu berücksichtigen, dass in diesem Bereich eine Schule und eine Kindertagesstätte liegen, auf zwei Sportstätten aktiv Leistungssport betrieben wird und sich in unmittelbarer Nähe eine Altenwohnanlage befindet.

Durch die neuen Zahlen der oben erwähnten Studie werden sich wahrscheinlich auch neue Zahlen für die Lärm und Schadstoffe ergeben.

„Hier ist m.E. eine Überschreitung von Immissionsgrenzwerten nicht auszuschließen...“  
(Schreiben des Hessischen Umweltministeriums an das Frankfurter Umweltdezernat vom 22.11.2012).

Diese müssen entsprechend bewertet werden.

Aus diesem Grund erwarten wir, dass in den Prognosen für die Lärm –und Schadstoffbelastung auch die Einhausung der geplanten Maßnahmen mit einbezogen wird, da in der Bevölkerung diese Möglichkeit als Schutz vor Lärm und Schadstoffen seit langem dringend gefordert wird.

Antragsteller:

SPD

Vertraulichkeit: Nein

Beratung im Ortsbeirat: 11